

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Thorsten Weiß (AfD)**

vom 27. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Februar 2020)

zum Thema:

**Zu deutsch für Berliner Schulen – Schuldistanz durch deutschenfeindliches Mobbing**

und **Antwort** vom 13. März 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. März 2020)

Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin  
über Senatskanzlei – G Sen

**A n t w o r t**  
**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22793**  
**vom 27. Februar 2020**  
**über Zu deutsch für Berliner Schulen – Schuldistanz durch deutschenfeindliches Mobbing**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Bereits vor einem Jahrzehnt beschrieb die mittlerweile verstorbene Jugendrichterin Kirsten Heisig in ihrem Buch *Das Ende der Geduld* die zum Teil katastrophalen Zustände an Berliner Schulen, darunter das Phänomen, dass deutsche Kinder dem Unterricht aufgrund des gegen sie gerichteten Rassismus fernblieben. Sie schrieb, sie höre „von Direktoren Neuköllner Schulen immer wieder und mit zunehmender Ratlosigkeit, dass die wenigen deutschen Kinder, die diese Schulen noch besuchen, unter starken Druck gesetzt werden und sich mit rassistischen Äußerungen demütigen lassen müssen. So heiÙe es unter den Schülern, Deutsche seien schwul, man brauche die Deutschen nicht, die Araber und Türken seien sowieso bald in der Mehrheit und dann werde ohnehin alles anders.“<sup>1</sup>

Es wird Kristina Schröder, seinerzeit Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zugeschrieben, dass der Begriff ‚Deutschenfeindlichkeit‘ Eingang in einen breiteren Diskurs gefunden hat. „Es gibt in unseren Schulhöfen und es gibt in unseren U-Bahnen und S-Bahnen ein Problem mit Deutschenfeindlichkeit“, erklärte Schröder im Oktober 2010. „Da werden deutsche Kinder und Jugendliche dafür angegriffen, weil sie Deutsche sind.“ Sie würden etwa als „deutsche Kartoffel“ oder „deutsche Schlampe“ beschimpft. Auch Cem Özdemir, seinerzeit Chef der Grünen, erkannte ein echtes Problem und erklärte, Deutschenfeindlichkeit auf Schulhöfen sei genauso wenig akzeptabel wie jede andere Form von Diskriminierung.<sup>2</sup>

In der Mitgliederzeitung der GEW erschien ein Artikel mit dem Titel „Deutschenfeindlichkeit an Schulen“. Darin heißt es: „Mit der zunehmenden Segregation der SchülerInnenenschaft <sic!>, insbesondere in den Schulen, die in sozialen Brennpunkten liegen, verstärkt sich eine Art von Deutschenfeindlichkeit unter vielen SchülerInnen <sic!> mit Migrationshintergrund. [...] Viele deutsche SchülerInnen <sic!> empfinden sich als eine abgelehnte, provozierte, diskriminierte Minderheit, meist ohne nicht-deutsche Freunde. In den Klassen komme es, äußern deutsche SchülerInnen <sic!>, immer wieder zu Beschimpfungen und Konflikten: Namen

---

<sup>1</sup> Kirsten Heisig: *Das Ende der Geduld*, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2010, S. 118.

<sup>2</sup> Schröder warnt vor Deutschenfeindlichkeit, 10.10.2020, online unter:  
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/familienministerin-schroeder-warnt-vor-deutschenfeindlichkeit-a-722342.html> abgerufen am 27.02.2020.

werden verballhornt, Schüler bedroht und gemobbt. Bei Konflikten erhielten die nicht-deutschen Schüler meist rasch Hilfe von Verwandten oder Freunden. Bei der Gruppe der deutschen SchülerInnen <sic!> sei das oft nicht der Fall. Vor allem der Aufenthalt auf dem Schulhof wird zuweilen als ein Spießrutenlaufen mit diversen Beschimpfungen erlebt. Vielfach wurden deutsche SchülerInnen <sic!> auch provozierend gefragt, was sie ‚hier‘ wollten, das sei doch nicht ihre Schule. Auch hätten die deutschen SchülerInnen <sic!> zuweilen das Gefühl, dass sie aus der Schule gedrängt werden sollten. Sehr oft gingen sie mit Wut im Bauch nach Hause und fühlten sich unterwegs bedroht. Auch Richter und Polizisten berichten über eine deutlich zunehmende Deutschenfeindlichkeit vor allem unter türkisch- und arabischstämmigen Jugendlichen. [...] Vielfach werden Deutsche verachtet und Deutschland nur als Beutegesellschaft betrachtet, eine Integration abgelehnt.“<sup>3</sup>

GEW-Vize Norbert Gundacker berichtete, dass türkischstämmige Schüler deutsche Mitschüler als „köpekler“ („Hunde“) beschimpfen, auch Lehrerinnen würden als „Deutschen-Schlampen“ angegriffen. Bereits in der Grundschule würden deutsche Kinder als „Schweinefleischfresser“ angepöbelt.<sup>4</sup> Im Oktober 2010 führte die GEW eine Tagung zum Thema ‚Deutschfeindlichkeit‘ durch, auf der die Existenz des Problems bestätigt wurde.

1. Was versteht der Senat unter ‚Deutschfeindlichkeit‘ und ‚deutschenfeindlichem Mobbing‘? Handelt es sich nur um ein politisches Schlagwort oder um ein reales Phänomen?

Zu 1.:

Der Senat arbeitet nicht mit dem Begriff „Deutschfeindlichkeit“ oder „deutschenfeindliches Mobbing“. Der Senat weist aber auf das Problem hin, deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit einem sogenannten „Migrationshintergrund“ als „Nichtdeutsch“ und Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse darzustellen. Diese Denkweise und die Verwendung des Begriffs ist aus diskriminierungskritischer Sicht in hohem Grade problematisch und birgt die Gefahr der Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft. Diese Spaltungsgefahr sollte nicht über diese Begriffsbildung in den Bereich Schule hineingetragen werden.

2. Frank Schirmmacher beschrieb Deutschenfeindlichkeit als eine aufkommende Ideologie, die mit Gewalt einhergeht: „Die Debatte über Jugendkriminalität unter Ausländern muss geführt werden – jetzt. Es besteht die Gefahr, dass aus den Gewalttaten eine Ideologie erwächst. [...] Sie verrichten ihre Taten nämlich nicht mehr stumm. Sie reden dabei. Das heißt nicht, dass sie schon eine Ideologie hätten. Aber sie haben begonnen, einen Feind zu identifizieren. Sie vollziehen immer häufiger einen Schritt, der die angestaute, arbiträre, nach Zufallsopfern suchende Aggressivität an einen Gegner heftet. Das sind ‚die Deutschen‘. [...] Die Polizei bestätigt, dass deutschfeindliche Äußerungen bei den Angriffen zunehmen. Deutsche werden neuerdings bei grundlosen Attacken auch als ‚Schweinefresser‘ bezeichnet, was den Konflikt bereits in die Sphäre des Kriegs der Kulturen transportiert. [...] Zur Klarheit, die vom Staat gefordert ist, gehört auch, dass man ausspricht, dass die Mischung aus Jugendkriminalität und muslimischem Fundamentalismus potentiell das ist, was heute den tödlichen Ideologien des zwanzigsten Jahrhunderts am nächsten kommt.“<sup>5</sup> Sieht der Senat in Deutschenfeindlichkeit eine Ideologie? Wie definiert der Senat ‚Ideologie‘?

Zu 2.:

Nein. Es ist nicht Aufgabe des Senats, Begriffe wie „Ideologie“ zu definieren. Allgemein wird darunter eine Weltanschauung verstanden

<sup>3</sup> Andrea Posor, Christian Meyer: Deutschenfeindlichkeit in Schulen, in: blz, Mitgliederzeitschrift der GEW Berlin, Nr. 11/2009, online unter: <https://web.archive.org/web/20100724015214/http://www.gew-berlin.de/blz/19635.htm>, abgerufen am 27.02.2020.

<sup>4</sup> Lehrer-Gewerkschaft schlägt Alarm. Deutschen-Feindlichkeit an deutschen Schulen! Wenn Multi-Kulti zum Irrsinn wird, 07.10.2010, online unter: <https://www.bild.de/politik/2010/an-deutschen-schulen-14217020.bild.html> abgerufen am 27.02.2020.

<sup>5</sup> Frank Schirmmacher: Junge Männer auf Feindfahrt, F.A.Z., 15.01.2008, Nr. 12 / Seite 31, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/jugendgewalt-junge-maenner-auf-feindfahrt-1512153.html> abgerufen am 27.02.2020.

3. Worin sieht der Senat die Ursachen für deutschenfeindliches Mobbing? Teilt der Senat die Analyse von Andrea Posor und Christian Meyer (GEW)?

Zu 3.:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW hat am 02./03. November 2010 folgenden Beschluss gefasst: „Die GEW Berlin lehnt die Verwendung des Begriffs Deutschenfeindlichkeit ab, der von Rechtspopulisten als Kampfbegriff gegen das Wort Ausländerfeindlichkeit erfunden wurde und die soziale Realität demagogisch verdreht.“

4. Welche Kenntnis hat der Senat über deutschenfeindliches Mobbing an Berliner Schulen? Seit wann gibt es das Phänomen und wie hat es sich in den letzten Jahren entwickelt?

Zu 4.:

Zu „deutschenfeindlichem Mobbing“ werden keine Daten erhoben.

5. Welche Daten und Statistiken zu Fällen deutschenfeindlichen Mobbings an Berliner Schulen gibt es? Welche besonderen Fälle sind dem Senat bekannt?

Zu 5.:

Siehe Antwort zu Frage 4.

6. Welches Handlungskonzept gibt es speziell zu deutschenfeindlicher Gewalt und deutschenfeindlichem Mobbing an Schulen? Welche Initiativen und Projekte speziell gegen deutschenfeindliches Mobbing an Schulen setzen der Senat und die Bezirke um?

Zu 6.:

Der Senat unterstützt zahlreiche Initiativen, die sich gegen Mobbing und Diskriminierung wenden. Mit der künftigen Antimobbingbeauftragten zeigt der Senat, welche Bedeutung und welchen Stellenwert die Arbeit gegen Mobbing hat. Es bestehen weder ein Handlungskonzept noch Initiativen und Projekte gegen deutschenfeindliches Mobbing.

7. Welche weiteren schuleigenen Initiativen und Projekte, die sich mit dem Thema deutschenfeindliches Mobbing an Schulen auseinandersetzen, sind dem Senat bekannt?

Zu 7.:

Dem Senat sind keine schuleigenen Initiativen und Projekte dazu bekannt.

8. Sieht der Senat Anlass, zusätzliche Maßnahmen speziell gegen deutschenfeindliches Mobbing an Schulen zu initiieren?

Zu 8.:

Nein.

9. Welche Art von Programmen und Maßnahmen speziell gegen deutschenfeindliches Mobbing sind dem Senat bekannt?

Zu 9.:

Dem Senat sind keine Programme und Maßnahmen gegen „deutschenfeindliches Mobbing“ bekannt.

10. Welche Handreichungen gibt es für Schulen und Lehrer zu den Themen ‚Deutschenfeindliches Mobbing‘, ‚Religiöses Mobbing‘ und ‚Leistungsfeindliches Mobbing‘?

Zu 10.:

Es gibt allgemeine Handreichungen zum Thema Mobbing.

11. Über welches Handlungskonzept verfügt der Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zu deutschenfeindlicher Gewalt und deutschenfeindlichem Mobbing an Schulen? Welches Hilfsangebot hält der Antidiskriminierungsbeauftragte zu den Themen deutschenfeindliches Mobbing und ‚Religiöses Mobbing‘ bereit?

Zu 11.:

Der Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sieht aus diskriminierungskritischer Sicht die Verwendung des Begriffs „Deutschenfeindlichkeit“ als problematisch. Er verweist dazu auch auf die Antwort des Senats zu Frage 1.

12. In welcher Form kann mit bestehenden Anti-Mobbing-Konzepten dem Problem deutschenfeindlichen Mobbing begegnet werden? Welche Ansätze sind dafür geeignet?

Zu 12.:

Die bestehenden Ansätze vermitteln soziale Kompetenzen und fördern diese im Allgemeinen, z. B. Respekt, Toleranz, Einfühlungsvermögen in das Gegenüber, Neugier auf Vielfalt und Wertschätzung.

13. Welche Fortbildungen gibt es für Lehrer zum Thema deutschenfeindliche Gewalt und deutschenfeindliches Mobbing an Schulen?

Zu 13.:

Die Regionale Fortbildung bietet zahlreiche Veranstaltungen zur Mobbingerkennung, -intervention und -prävention an. Dabei werden auch theoretische Hintergründe, Ursachen, Phasen usw. vermittelt. Neben regionalen Veranstaltungen werden schulinterne Angebote nach individuellem Bedarf der Schulen vereinbart. Die Regionale Fortbildung begleitet u. a. Schulen bei der Erstellung schulinterner Anti-Mobbing-Konzepte. Kontaktlehrkräfte und

Krisenteams für schulische Prävention werden regelmäßig auch zum Thema Mobbing, z. B. zur Nutzung des Anti-Mobbing-Koffers der Technikerkrankenkasse, fortgebildet. Im weiteren Sinne tragen Fortbildungen zu Schulmediation, Demokratiebildung, sozialem Lernen sowie interkultureller und interreligiöser Bildung ebenfalls zur Mobbingprävention bei. Mobbing ist, unabhängig von der sogenannten Zielgruppe, ein Verhalten, dem grundsätzlich entgegenzuwirken ist; daher sind die Veranstaltungen allgemein gehalten und nicht spezialisiert. Es gibt keine Fortbildungen zum Thema „deutschenfeindliche Gewalt“ und „deutschenfeindliches Mobbing“.

14. Hat die Senatsverwaltung Kenntnis darüber, ob es sich bei sogenannten „Geburtstagsschlägen“<sup>6</sup> um ein Ritual handelt, das auf Schulen in der Türkei zurückgeht oder handelt es sich um ein Phänomen neuerer Art, das unter türkeistämmigen Schülern erst in Deutschland aufgekommen ist? Was unternehmen Senat, Bezirke und Schulen gegen dieses Phänomen?

Zu 14.:

Der Senat hat keine Kenntnisse über die sogenannten „Geburtstagsschläge“. In den Berliner Schulen ist jede Form von körperlicher und verbaler Gewalt verboten.

15. Gab es Workshops oder einen Runden Tisch zum Thema ‚Deutschfeindliches Mobbing‘ an Berliner Schulen?

Zu 15.:

Nein.

16. Wann und in welcher Form hat sich der Senat mit der GEW zum Thema ‚Deutschfeindliches Mobbing‘ an Berliner Schulen ausgetauscht?

Zu 16.:

Es besteht ein regelmäßiger und verlässlicher Austausch zu den Themen Mobbing und Diskriminierung zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und der GEW Berlin.

17. Raed Saleh (SPD) fordert Anfang Oktober 2020 als Antwort auf Deutschenfeindlichkeit an Schulen eine Offensive von Schulen, Kiezinitiativen und Religionsgemeinschaften, um „das Berliner Wir-Gefühl“ zu stärken. Der Stolz auf die gemeinsame Heimat könne Jugendliche unterschiedlicher Herkunft zusammenbringen. Özcan Mutlu (Die Grünen) erklärte: „Lehrer, aber auch Eltern sind gefordert, gegen deutschfeindliche Tendenzen vorzugehen.“<sup>7</sup> Wurden diese Forderungen umgesetzt?

<sup>6</sup> Norman Hanert: Türkisches Ritual quält deutsche Schüler, 23.11.2012, online unter: <https://www.preussische-allgemeine.de/nachrichten/artikel/tuerkisches-ritual-quaelt-deutsche-schueler.html>, abgerufen am 27.02.2020.

<sup>7</sup> Patricia Hecht, Jörn Hasselmann, Christoph Spangenberg: Polizei vermittelt bei Schüler-Mobbing, 02.10.2010, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/attacken-gegen-deutsche-polizei-vermittelt-bei-schueler-mobbing/1947422.html>, abgerufen am 27.02.2020.

Zu 17.:

Im Rahmen des „Landesprogramms Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention“ der Landeskommission Berlin gegen Gewalt sind die geförderten Präventionsprojekte vor Ort auch mit Schulen derart vernetzt, dass sie geeignet sind, das Wir-Gefühl im Sozialraum zu fördern. Zudem bestehen in Berlin vielfältige Projekte zur Förderung von interreligiösen Dialogen, Akzeptanz von Vielfalt und Respekt. Allein bei dem 2019 ins Leben gerufene Projekt „proRespekt- Gewaltfreie Schule demokratisch gestalten“, geht es um die Förderung eines respektvollen Miteinanders.

18. In welcher Form gibt es Kooperationsprojekte gegen Deutschenfeindlichkeit, z.B. mit der „Arbeitsgruppe Integration und Migration“ der Polizeidirektionen oder Moscheevereinen?

Zu 18.:

Im Hinblick auf ein diskriminierungsfreies, tolerantes und respektvolles Miteinander an Berliner Schulen unterstützen die Präventionsbeauftragten der Polizeiabschnitte wie auch die Mitarbeitenden der örtlichen Arbeitsgebiete Interkulturelle Aufgaben die Pädagoginnen und Pädagogen bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten.

19. Im Jahr 2008 setzte sich Bundesratsminister Wolfgang Reinhart (CDU) dafür ein, dass deutschenfeindliche Parolen wie „Scheiß Deutscher“ künftig als Volksverhetzung geahndet werden. Dazu wäre eine Gesetzesänderung nötig. Unterstützt der Senat diesen Vorschlag? Wenn nein, warum nicht?

Zu 19.:

Der Senat unterstützt den Vorschlag einer Gesetzesänderung nicht. Die Regelungsinhalte des § 130 Strafgesetzbuch (StGB) sind ausreichend.

Berlin, den 13. März 2020

In Vertretung

Beate Stoffers  
Senatsverwaltung Bildung,  
Jugend und Familie